

Sonderdruck aus:

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
15 / 2008

Konflikte auf Dauer?

Rechtsradikalismus, Integrations-,
Europa- und Nahostpolitik

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

V&R unipress

Rechtsextremismus in Deutschland: Soziale Krise, politische Handlungsunfähigkeit und Nazi-Ideologie

Podiumsveranstaltung in der Aula der Universität
am 10. Mai 2007

Uwe-Karsten Heye

Vorstandsvorsitzender des Vereins
Gesicht Zeigen! Aktion weltoffenes
Deutschland e.V., Berlin

Jörg Schönbohm

Innenminister des Landes Brandenburg

Prof. Dr. Jürgen W. Falter

Politikwissenschaftler, Universität Mainz

Prof. Dr. Roland Czada

Universität Osnabrück –
Gesprächsleitung

Roland Czada: Kennzeichen für unser Thema sind zum einen die von Rechtsextremisten ausgeübten Gewalttaten – zahlreiche Tötungsdelikte und Körperverletzungen sind seit der Wiedervereinigung zu verzeichnen – und zum andern rechtsextreme Einstellungen sowie das entsprechende Wahlverhalten, das rechtsextremen Parteien in der Geschichte der Bundesrepublik mal mehr, mal weniger Erfolg bescherte.

Wir fragen nach den Ursachen für rechtsextremistisches Wahlverhalten und welche Rolle dabei soziale Probleme, Einwanderung und andere Faktoren spielen. Was darüber hinaus Bedeutung hat, sind die Lebensweisen, Denkweisen und kulturellen Milieus des Rechtsextremismus, in denen Skinhead-Gruppen wie *Priorität 18*, *Kurzschluss*, *Stromschlag*, *Schutt & Asche*, *White Noise* und andere agieren. Das sind Gruppierungen, in denen – auf welchem Niveau auch immer – rechtsextremistisches Gedankengut verbreitet wird. Von ihnen gehen möglicherweise größere Gefährdungen aus, als von den relativ wenigen Gewalttäter, die – eventuell unter Alkoholeinfluss – »ausrasten«.

Außerdem interessieren uns die alltäglichen Diskriminierungen von Mitmenschen, die vermutlich nur zum Teil zur Anzeige kommen. Ausgrenzungen und Diskriminierungen müssen ebenfalls als Formen von rechtsradikaler Gewalt gelten, beides hat Bedeutung für unser Thema und beidem sollte begegnet werden.

Herr Heye, wir bitten Sie um Ihr Statement und eine Antwort auf die Frage, ob Sie Ihre, vor der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 ausgesprochene Warnung vor dem Betreten bestimmter Gebiete Ostdeutschlands, in denen Fremden rechtsradikale Gewaltübergriffe drohen, weiter aufrechterhalten. Diese Warnung war ungeheuerlich, denn sie besagte ja, dass der Staat seiner Aufgabe, den Schutz der Menschen zu gewährleisten, nicht mehr nachkommen kann.

Uwe-Karsten Heye: Wir wollen darüber nachdenken, was unter dem Stichwort »Rechtsextremismus« sich in Deutschland ausbreitet bzw. wieder ausbreitet. Diese Veranstaltung an einer Universität lässt natürlich daran denken, dass es die braunen, nationalsozialistischen Studenten waren, die damals ihre jüdischen Hochschullehrer aus dem Campus jagten und aus Deutschland vertrieben. Eine Erfahrung in dieser Zeit war es, dem »Nie wieder!« Inhalt und Statur zu geben. Nie wieder sollte so etwas möglich sein. Heute, unter völlig anderen Umständen müssen wir uns erneut über eine nun allerdings auch europaweit wirkende Stärkung des Rechtsextremismus unterhalten und mit ihr auseinandersetzen.

Zu den Merkwürdigkeiten dessen, was ich zu lernen hatte, als ich im Jahr 2000 die Initiative *Gesicht zeigen* gründete, gehörte die Erfahrung, dass es in den ostdeutschen Ländern Fremdenfeindlichkeit ohne Fremde gibt – wie es auch Antisemitismus ohne Juden gibt. In Brandenburg, wo ich lebe, beträgt der Anteil von Migranten – also Einwanderer oder Asylsuchende – an der Gesamtbevölkerung gerade 2,6%. In Umfragen vermuten die Brandenburger hingegen, dass es etwa 20% Fremde im Lande gäbe. Bei meinen Begegnungen mit brandenburgischen Schülern, denen ich die Frage stelle: »Was glaubt ihr, wie viele Asylsuchende gibt es wohl?«, wird der Wert nicht selten mit »Um die 50%« geschätzt.

Nun ist Fremdenfeindlichkeit nicht gleichbedeutend mit Rechtsextremismus, aber zu Rechtsextremismus und Neonazis gehören Rassismus, Antisemitismus, Fremdenhass und die Überzeugung der eigenen ›arisch-völkischen‹ Überlegenheit. Aber Fremdenfeindlichkeit finden wir auch und zunehmend in der Mitte der Gesellschaft, in einer bürgerlichen Mittelschicht, wie auch eine neuere Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt. Die fremdenfeindliche Haltung in großen Teilen der Bevölkerung allerdings steht quer zu deren ökonomischen Interessen. Zum Beispiel: Die sich entleerenden Räume in vielen Regionen der fünf neuen Länder haben nur

dann eine Zukunft, wenn Vorurteile gegen den Nachbarn im Osten – die Fremdheit etwa zwischen Deutschland und Polen – überwunden würden. Städte wie Frankfurt an der Oder oder Görlitz würden sofort zustimmen, dass ihre Zukunft nur gesichert werden kann, wenn es gelingt, die Ostverschiebung der Europäischen Union nach Polen, Tschechien, Ungarn, in die baltischen Staaten und jetzt Bulgarien und Rumänien zu nutzen, um auch von dort – auf Zeit oder auf Dauer – Ansiedlung zu ermöglichen, Menschen einzuladen, in das Land zu kommen – auch um das wachsende Problem des demografischen Wandels abfedern zu helfen. Das grenzenlose Europa bietet unendlich viel Chancen, schafft aber auch Ängste, die manche Perspektive bestimmen. Selbst wenn es keine anderen Gesichtspunkte bei unserem Thema gäbe als den ökonomischen Vorteil, den Einwanderungsgesellschaften gegenüber den Gesellschaften haben, die sich abschotten und kulturellen Austausch verweigern, dann wäre dies schon ein hinreichender Grund, um *Xenophobie*, Fremdenfeindlichkeit, abzulehnen.

Selbstverständlich gibt es aber auch politische Begründungen.

Wie das Bundeskriminalamt mitteilte, hatten wir 2006 einen Rekord an rechtsradikal motivierten Straftaten. Mehr als 18.000 Straftaten und davon mehr als 1.000 mit Gewaltdelikten mit 500 verletzten Opfern. Das sind über 20% mehr als ein Jahr zuvor. Zugleich war 2006 ein Wandel im öffentlichen Auftreten der Rechtsextremen zu konstatieren. Auf einer Fachtagung zum Umgang mit der ›Neuen Rechten‹ in Brandenburg hieß es: »Sie haben Springerstiefel gegen den Anzug getauscht und geben sich da und dort bürgerlich korrekt und werden mit ihren Ansichten salonfähig«. Das *Mobile Beratungsteam* in Brandenburg beobachtet diese Veränderung der Szenen. Früher war die neue extreme Rechte schon an ihrer uniformen Kleidung zu erkennen. Heute, scheinbar entpolitisiert, nisten sie sich auch in anderen Subkulturen ein. Berichte, die Neonazis würden in einem Dorf Besen und Schippe in die Hand nehmen, um die Straße zu kehren, sind dafür beispielhaft. So etwas kommt gut an, und offenbar nicht nur auf dem Land. Die Freiwillige Feuerwehr und der Schützenverein auf dem Land werden, zumindest versuchsweise, gezielt unterwandert, und Aussteiger aus der Szene erzählen von einer Strategie der NPD, von den Dörfern aus in die Städte hineinzuwachsen. Aber auch der gewaltbereite Teil bleibt gegenwärtig und wird als »Angst schaffende Waffe« eingesetzt. Die NPD-Anhänger bekennen sich mittlerweile ohne Scheu und jederzeit vor jeder Kamera zu ihrer politischen Überzeugung. Selbst der Holocaust wird von der Neonaziszene nicht mehr geleugnet. Der Völkermord wird zunehmend offensiv als damals »notwendig« legitimiert.

Die NPD ist zu einer offenen Kampfansage gegen das verhasste demokratische System übergegangen. Jeder kann das im Internet überprüfen. Was sich da an menschenfeindlicher Verachtung niederschlägt, ist ver-

gleichbar mit Hitlers konfuser Kriegserklärung gegen den »verjudeten« Weimarer Staat, die er in *Mein Kampf* formulierte. Wirkungslos bleibt das nicht. Der Einzug der neuen Nazis in die Parlamente Ostdeutschlands und zugleich in fünf Bezirksversammlungen von Berlin zeigt es, und der jüngste Erfolg in Mecklenburg-Vorpommern ebenfalls. Verbote helfen da wenig, zumal die Zurückweisung des Verbotsurteils durch das Bundesverfassungsgericht der NPD eine große Öffentlichkeit verschafft hat und entsprechenden Zulauf.

Was ist zu tun? Hier haben die unterschiedlichen Initiativen Bedeutung, wenn es darum geht, zivilgesellschaftlichen Widerstand zu organisieren. Das tun wir bei *Gesicht zeigen* seit einigen Jahren, und doch hat sich seither das Problem vervielfacht. Schon im Jahr 2000 hatte der damalige Bundespräsident *Johannes Rau* in einer *Berliner Rede* die mangelnde Integration der Einwanderer einerseits und den Aufschwung der Rechtsextremen andererseits beleuchtet. Die Tatsache, dass Neonazis von »national befreiten Zonen« sprechen könnten, sei für jeden Patriotin beschämend und eine Herausforderung für den Rechtsstaat, sagte Rau. Seitdem ist die Ignoranz mancher Politiker und auch der Zeitgenossen nicht geringer geworden. Als ich vor der Fußball-Weltmeisterschaft im Jahr 2006 sehr begründet vor Angsträumen in bestimmten Regionen gewarnt habe, die es auch, aber nicht nur in Brandenburg gebe, gab es zunächst die üblichen Reflexe des Abwehrens, Bagatellisierens, des Abtuns als »Einzelfälle«.

Die Opferverbände zählten seit der Wende bisher 131 Todesopfer. Offiziell bestätigten die Behörden über 70 Todesfälle, aber schon ein einziger wäre zu viel.

Was ist also zu tun? Zunächst muss man sich darüber klar werden, dass dies ein – wenn auch zunehmendes – Problem einer *Minderheit* ist, das sich mit einer wachsenden Gewaltbereitschaft mischt – nicht nur in den Fußballstadien, sondern auch bei bestimmten ethnischen Gruppen. Zur Wahrheit gehört auch: Araber und Türken stellen regional bis zu 80% der Gewalttäter. Das wiederum ist Alibi für den rechtsextremen Rand der Mehrheitsgesellschaft, die eigene Fremdenfeindlichkeit auszuleben.

Alle sozialen Defizite der letzten Jahrzehnte rächen sich gleichermaßen, und so wäre der Ruf nach dem »starken Staat« allein keine ausreichende Antwort. Was tun? In Frankfurt an der Oder z.B. – daran erinnert eine Broschüre des *Mobilen Beratungsteams* in Potsdam, das mit dem Projekt »Tolerantes Brandenburg« ins Leben gerufen wurde – wurde ein kommunales Netzwerk gegründet, zu dem auch betriebliche Vereinbarungen gehören. Diese Betriebsvereinbarungen wenden sich gegen jede Diskriminierung von Ausländern am Arbeitsplatz.

Ich zitiere den Betriebsratsvorsitzenden einer Verzinkerei:

»Wir waren gleich dafür, so eine Betriebsvereinbarung zu machen. Wir haben eine große Kundenbewegung. Auch ausländische Kollegen kommen zu uns auf den Hof. Die sollen sich hier sicher fühlen. Wir zeigen als Unternehmen nach außen klar Gesicht, zeigen, was wir wollen und was nicht. Ein Subunternehmen, das sich nationalistisch und ausländerfeindlich gibt, antidemokratisch eben, kriegt bei uns keinen Auftrag. Und würde hier einer in diese Richtung Sprüche klopfen, nähmen wir das nicht hin.«

Dafür kann jeder an seinem Arbeitsplatz, in seinem Betrieb oder an der Universität Sorge tragen: Haltung zu zeigen. Eine Haltung, die nicht hin- und herwackelt, die nicht schweigt gegenüber dem, was da aus der rechtsextremen Ecke bis in die Mitte der Gesellschaft dringt. Denn wir werden hier *mehr* Einwanderung brauchen, nicht weniger. Der demografische Wandel lässt ja keine Wahl.

Zweitens die *Schulen*, wo vielleicht neben den Eltern der wichtigste Teil des Ursachenbündels angesiedelt ist, mit dem wir es hier zu tun haben. Unser Schulsystem ist der immer komplexer und ethnisch vielfältiger werdenden Gesellschaft nicht mehr gewachsen. Auch andere Länder haben diese Probleme, werden nur offensichtlich besser damit fertig. Die PISA-Studie ist ein Indiz dafür, dass wir dringend eine Änderung und Reform von Schule brauchen, eingeschlossen Kindergarten und Hochschule. Die Statistiken besagen, dass 10-17% eines jeden Schülerjahrgangs ohne regulären Abschluss die Schule verlassen. Das sind in jedem Jahr zwischen 80.000 und 100.000 Jugendliche – in der Mehrzahl männlich, denn den Mädchen gelingen zumeist die besseren Schulabschlüsse. In Berlin, wo alle Kinder vor Eintritt in die Grundschule geprüft werden, hat jedes vierte Kind Sprachprobleme. Bei den Einwandererkindern betrifft es jedes zweite Kind, und selbst unter den deutschen Kindern werden bei jedem zehnten unzureichende Deutschkenntnissen festgestellt. Am schwierigsten haben es die Kinder, die zuvor keinen Kindergarten besucht haben. Bei der Gesamtschülerzahl des Jahrgangs 2003 von rund einer Million waren 80.000 ohne Abschlusszeugnis und damit schon am Anfang des Berufslebens ohne ausreichende Kenntnis der zivilen Grundtechniken des Lesens, Schreibens und Rechnens. Sie stehen in dieser Gesellschaft vor verschlossenen Türen. Hier wächst ein dankbares Rekrutierungsfeld für Nazis und andere Extremisten, und deren propagandistischer Einfluss nimmt zu. Zu glauben, dies alles sei mit dem Hinweis auf »Hartz IV« zu erklären, führt in die Irre.

Schule muss sich ändern! Lehrer und Lehrerinnen müssen in der schulischen Praxis und an den Universitäten auf diese Wirklichkeit vorbereitet werden. Die unterschiedlichen Anforderungen in den 16 Bundesländern

müssen zusammengeführt werden. Lehramtsexamen in einem Bundesland werden in einem anderen nicht anerkannt. In den 16 Bundesländern gibt es 2.000 Lehrpläne für die unterschiedlichen Schulformen, Stufen und Fächer. Wo kommen wir denn da hin?

Bill Clintons Siegesbotschaft, mit der er einst seinen Wahlkampf gewonnen hat, lautete: *It's the economy, stupid*. Heute müsste er bei uns sagen: *It's the education, stupid*. Die in den PISA-Studien festgestellten Mängel sind nicht die einzigen in unserem Schulsystem, das den Anforderungen einer auf Einwanderung angewiesenen Wissensgesellschaft nicht mehr gewachsen ist. Es produziert in allen sozialen Bereichen, bei Einwanderern wie Einheimischen, zusehends und immer mehr Verlierer. Nach Angaben des *Deutschen Kinderschutzbundes* haben von 15 Mio. Kindern und Jugendlichen in Deutschland 2,5 Mio. kaum Bildungschancen. Nach dem Armutsbericht der Bundesregierung leben 1,7 Mio. Kinder und Jugendliche unterhalb der Armutsgrenze, und das bei einer weiter rückläufigen, mehr als halbierten Geburtenrate von im Jahr 2006 gerade noch 650.000 Geburten in Deutschland.

In den Kommunen muss das Bewusstsein wachsen, dass Kinder und Heranwachsende Zuwendung brauchen, die sie in der Gesellschaft um sich herum spüren können. Die Kommunen müssen für die Kinder Platz schaffen und Räume öffnen, die für das Leben der Menschen in den Städten zurückgewonnen werden sollen. Sonst geht es uns bald überall so wie in München, wo 54% der Haushalte ohne Kinder sind, was möglicherweise auch mit den hohen Mieten in der Stadt zu tun hat. In der Innenstadt sind dort sogar 90% der Haushalte »kinderfrei«. München hat neuerdings eine Kinderbeauftragte, die Wettbewerbe für fantasievolle Kinderspielplätze ausschreibt. Im Übrigen sollten die ländlichen Kommunen sehr aufmerksam reagieren auf eine zu beobachtende Strategie der NPD und der mit ihr verwandten so genannten »Kameradschaften«, die sich im ländlichen Raum einnisten wollen. Dort entwickeln sich schnell Angsträume, die durch die Brutalitäten und Aggressionen der rechten Schlägertrupps entstehen. Diese wollen jede Pluralität ersticken und gleichzeitig den Eindruck erwecken, die NPD kümmere sich um die Alltagsprobleme und stehe für soziale Gerechtigkeit, die nur herzustellen wäre, wenn das Land endlich erneut von allen Nichtdeutschen befreit würde. Die ländlichen Gebiete sind auch deswegen bevorzugter Agitationsraum der Neonazis, weil es dort traditionell schwerer ist, so etwas wie eine demokratische Gegenöffentlichkeit zu identifizieren und zu aktivieren. Dies liegt oft an der sozialen Struktur des ländlichen Raums: Es fehlen Jugendzentren, die von ausgebildeten Sozialarbeitern geleitet werden, und es fehlt oft nicht nur an Geld, sondern auch an gutem Willen.

Das für diese Arbeit zuständige Bundesministerium für Jugend, Familie und Senioren setzt nur noch halbherzig fort, was die Vorgängerregierung im Kampf gegen den Rechtsextremismus in Gang gesetzt hat. Nicht nur, dass ein Teil der Gelder an die Abrufung durch die Kommunen gebunden ist, ist problematisch, denn wer nicht sehen *will*, bleibt blind. Viele Bürgermeister in den neuen Ländern halten eine klare Benennung der Sachlage in ihrer Kommune noch immer für Nestbeschmutzung, oder sie glauben, Investoren zu verschrecken, wenn sie zugäben, ein Rechtsextremismus-Problem zu haben. Es ist aber vorrangig die rechtsradikal begründete Gewalttat selbst, die die Investoren verschreckt. Man wird also sehen, wer mit welchen Projekten die aus Bundesmitteln zur Verfügung gestellten Gelder abruft.

Ebenso fragwürdig ist, dass künftig nur noch zwischen 40 und 60 Projekte von Initiativen unterstützt werden können – mit Projektmitteln, die maximal 50% der Kosten decken, und Investoren, die die Initiativen ko-finanzieren müssen. Der größte Teil der Arbeitsleistung wird künftig darin gebunden sein, Spenden-Akquisition zu betreiben. Leider gibt es kaum einen



Uwe-Karsten Heye

Bereich, in dem mehr als zwei oder drei potenzielle Spender auszumachen sind, und die werden nun von allen belagert werden, die Ko-finanzierung sicherzustellen. Die Initiativen werden dazu selber nicht in der Lage sein. Wir bei *Gesicht zeigen* finanzieren die Gehälter dreier festangestellter MitarbeiterInnen ausschließlich aus Spenden. Wenn jetzt noch Sponsoren für die Projektarbeit gesucht werden müssten, könnten wir unsere Arbeit einstellen, und anderen geht es ähnlich. Wir brauchen aber nicht weniger, sondern mehr professionell ausgerichtete, auch sozialfürsorgerische Anstrengungen. Wir brauchen eine *nationale* Kraftanstrengung in der Auseinandersetzung mit dem wachsenden Rechtsextremismus. Bund und Län-

der, Kommunen und Wirtschaft und Kultur müssen dies als eine gemeinsame Anstrengung betrachten. Es muss Schluss damit sein, dass Jugendzentren geschlossen und Sozialarbeiter wegen Geldmangels entlassen werden. Das Problem des Rechtsextremismus hat vor allem mit Bildung und Ausbildung zu tun, aber auch mit Empathie für die Jugendlichen, die oft sehr allein gelassen werden.

Warum finden wir gerade in der untergegangenen DDR diesen aggressiven und erschreckenden Extremismus? Auch das hat gewiss viele Ursachen, auch die einer vernachlässigten Aufarbeitung des Nazistaates in der DDR. »Antifaschismus« war dort Staatsraison, dadurch war man den westdeutschen Imperialisten von vornherein moralisch überlegen. Nazis gab es für die DDR nur jenseits der Mauer, die die DDR pikanterweise den »Antifaschistischen Schutzwall« nannte. In diesem Gefühl lebte es sich gut, nur die Wirklichkeit folgte dem nicht, denn schon zu DDR-Zeiten gab es eine rechtsradikale Jugendkultur. Ihre Untaten wurden allerdings in Geheimprozessen verhandelt, denn offiziell konnte es im antifaschistischen Staat ja keine neuen Nazis geben.

Was von rechts auf uns zukommt, mag ein Liedtext der Nazi-Band *Reichssturm* zeigen. Der Titel des Liedes: Tritt einfach 'rein; ein Auszug des Textes lautet:

Ich brauch keinen Griechen, um gut essen zu gehen,
keinen Nigger, um beim Fußball Tore zu sehen.
Ich will auch kein Arbeiter bei den Türken sein,
ich will, dass wir uns vom Fremdenpack befreien.
[Refrain:]
Tritt einfach rein in so 'n dummes Schwein,
hol noch mal aus mit deinem Bein.
Tritt einfach rein in so 'n dummes Schwein,
bis er aufhört, nach Mama zu schreien.

Jörg Schönbohm: Ich möchte zunächst den Untertitel dieser Veranstaltung kurz beleuchten: »Soziale Krise, politische Handlungsunfähigkeit und Nazi-Ideologie« – soll diese Formulierung lediglich Diskussionsanstöße geben oder soll sie unsere tatsächliche Situation beschreiben?

Haben wir eine soziale Krise? Oder haben wir eine soziale Umbruchsituation, in der Menschen Schwierigkeiten haben, sich zu orientieren? Sicher, wir haben Langzeitarbeitslose.

Haben wir denn eine total gescheiterte Gesundheitsvorsorge? Sterben etwa Menschen in unserem Land, weil Nahrungsmittel oder Medikamente nicht zu haben sind?

Bei allen Problemen, die wir haben, müssen wir doch feststellen: Wir haben *keine* soziale Krise. Wir haben *Herausforderungen*, vor denen wir stehen. Die Fragen, die wir hier erörtern, können wir nicht aus der sozialen Krise heraus beantworten.

Ich stimme der Feststellung zu, dass es in manchen ländlichen Räumen große soziale Probleme gibt. Hier besteht auch teilweise ein Zusammenhang mit der hohen Arbeitslosigkeit, aber eben auch mit einer Inhaltsleere, die ich als *Orientierungssuche* beschreiben möchte.

Die ›politische Handlungsfähigkeit‹ unseres Systems mag nicht perfekt sein. Wir haben eine Große Koalition; die Wähler haben es so gewollt. Aber ist unsere Regierung denn ›handlungsunfähig‹? Die Regierung hat eine ganze Menge getan; z.B. werden gerade im Rahmen der Föderalismusreform II die Binnenbeziehungen zwischen dem Bund und den Ländern neu justiert. Ich glaube, wir haben eine stabile Demokratie. Deswegen muss die Frage lauten, wie wir mit den *Defiziten* umgehen, die in unserem Lande vorliegen. Diese Defizite sind auch das Ergebnis zweier schrecklicher Diktaturen; umso mehr sind wir überrascht, dass deren Anhänger trotzdem wieder Zulauf haben.

Darum sage ich: Wer dem Radikalismus entgegentreten will, muss ein überzeugter Demokrat sein. Ich sage das, denn ich komme aus einem Bundesland, wo die PDS ständig sagt: »Wir führen den antifaschistischen Kampf«, und davon distanzieren ich mich. Dieser ›antifaschistische Kampf‹ war ein Gründungsmythos der DDR. Zwar gibt es auch im linksextremistischen Bereich Gegner des Rechtsextremismus, aber eben auch Gegner unserer Demokratie. Wir müssen hier deutlich machen: Teil der gewalttätigen Auseinandersetzungen darf diese Diskussion nicht sein, und diejenigen, die sich für die Demokratie einsetzen, können nicht hinter jeder Fahne hermarschieren.

Ich denke, richtige ›Neo-Nationalsozialisten‹ mit einer klaren politischen Ausrichtung gibt es bei uns nur in geringer Anzahl, und zwar vor allem in den Führungen ihrer Organisationen, in den Kadern. Diejenigen, die die Gewalttaten begingen, begingen sie häufig aus Dumpfheit, aus Ausländerfeindlichkeit. Wir haben bei uns in Brandenburg festgestellt, das 95% der Täter männlich waren, 82% jünger als 25 Jahre. Im Jahr 2005 traten 71% der Tatverdächtigen erstmals in Erscheinung. Den Untersuchungen unseres Landeskriminalamtes zufolge sind lediglich 13% der Gewalttaten geplant und gezielt erfolgt, 86% aller Straftaten wurden aus der Situation heraus begangen, häufig von Rechts gegen Links, manchmal von Links gegen Rechts.

Der frühere Bundesinnenminister *Otto Schily* hat eine einheitliche Neudefinition des Begriffs der ›politisch motivierten Kriminalität‹ initiiert, der die Länderinnenminister zugestimmt haben. Jedes Nazisymbol, das ir-

gendwo angebracht oder gezeigt wird – Hakenkreuze und anderes –, wird seither in der entsprechenden Statistik erfasst. So wissen wir, dass ein Großteil der Straftaten so genannte *Propagandadelikte* sind. Von den knapp 2.000 politisch motivierten Straftaten im Jahr 2006 waren rund 1.400, also 70%, rechtsradikal motiviert. Von diesen 1.400 rechtsradikal motivierten Straftaten waren rund dreiviertel Propagandadelikte. Diese Propagandadelikte sind strafbewehrt; wir nehmen sie in die Meldestatistik auf, um deutlich zu machen, dass wir dagegen sehr ernsthaft vorgehen.

Von den insgesamt 2.000 politisch motivierten Straftaten, die wir 2006 in Brandenburg hatten, waren 122 Gewaltdelikte, wobei die rechtsextremistischen Gewaltstraftaten im Vergleich zu 2005 um 7 zurückgingen – entgegen dem Bundestrend. Die Zahl linksextremistischer Gewaltstraftaten stieg dagegen an. 2006 waren in Brandenburg 90 Gewaltdelikte Rechts-extremisten zuzuordnen, 32 Linksextremisten. Von den 90 rechtsextremistischen Gewalttaten waren 27 Fälle fremdenfeindlicher Art. Die übrigen 63 Fälle waren Straftaten zwischen Deutschen, zum großen Teil zwischen Rechts und Links, die sich gegenseitig hochschaukelten.

Wir hatten 7 antisemitische Straftaten und 47 Konfrontationen ›Rechts gegen Links‹. Das heißt: Wir kennen die Ursachen und die Verlaufsformen. Weil viele der handelnden Personen polizeibekannt sind, konnten 86% aller Gewaltdelikte im Bereich der politisch motivierten Kriminalität aufgeklärt werden.

Das Bundeskriminalamt verzeichnete 41 Todesopfer rechtsradikaler Gewalt in den neuen Ländern seit der Wiedervereinigung im Jahr 1990. Davon starben acht in Brandenburg, und zwei dieser Opfer waren Ausländer, sechs dagegen Deutsche. Der schrecklichste Fall war der eines etwa 16-jährigen Behinderten, der zusammengeschlagen und in eine Jauchegrube geworfen wurde, wo er später tot aufgefunden wurde. Bei den ebenfalls jugendlichen Tätern wird man keine entwickelte politische Ideologie vermuten, eher eine dumpfe Idee wie: »Der ist minderwertig, stört uns und muss weg«.

Dass jedes Verbrechen eines zu viel ist, versteht sich von selbst. Die Zahl der rechtsmotivierten Straftaten ist in Brandenburg seit 2004 entgegen dem Bundestrend um 14% gesunken. Das zeigt, dass auch mit repressiven Polizeimaßnahmen etwas zu bewirken ist. In Brandenburg haben im Vergleich der Jahre 2004 und 2006 im Bereich von politisch motivierter Kriminalität und Gewalt von rechts in der Häufigkeit eine Abnahme von 4,1 auf 3,5 bezogen auf 10.000 Einwohner. Im gesamten Bundesgebiet liegt dieser Wert für 2006 allerdings bei nur 1,4. Wir haben bei uns den Trend gebrochen, aber die Zahlen sind immer noch viel zu hoch.

Wir haben deshalb zwei Maßnahmen ergriffen: Zum einen war dies die Einrichtung der *Mobilen Einsatzeinheit gegen Gewalt und Ausländerfeind-*

lichkeit, MEGA. Das sind spezialisierte Polizeibeamte in jedem Schutzbereich, die die Mitglieder der Szenen potentieller Gewalttäter kennen und diese z.B. vor wichtigen Veranstaltungen ansprechen. Die Beamten dieser Einheit hatten in vergangenen Jahren über 21.000 Einsätze, haben Personen kontrolliert, um Unsicherheit in die Szene hineinzutragen. Das geschah absolut im Rahmen der rechtsstaatlich sich bietenden Möglichkeiten, wie auch die PDS bei einer Diskussion im Landtag bestätigte. Die zweite Maßnahme bestand in der Gründung der Organisationseinheit



Jörg Schönbohm

Täterorientierte Maßnahmen gegen extremistische Gewalt, TOMEK genannt. Diese Einheit hat im Jahr 2006 200 polizeibekannte Personen, die als rechtsradikal und rechtsextremistisch galten, individuell betreut. Wir haben diese Personen aus der Anonymität herausgezogen. Wir sprechen mit den Lehrherren, den Lehrern in der Schule, den Eltern; wir sprechen mit dem Umfeld über das, was wir über diese Jugendlichen und ihre rechtsextremistischen Aktivitäten wissen. Wenn uns bevorstehende rechtsextremistische Veranstaltungen bekannt werden, gehen unsere Polizeibeamten dorthin, teilweise gemeinsam mit Mitarbeitern des Jugendamtes oder des Sozialamtes – je nach Alter der betreffenden Personen. Mit TOMEK machen wir deutlich: Wir kennen euch, wir wissen, was ihr macht. Wir bekommen dabei auch große Unterstützung aus der Bevölkerung. Ich möchte aber an einem Fall deutlich machen, welchen Schwierigkeiten wir gegenüber stehen. In Nauen, in der Nähe von Berlin, waren innerhalb von neun Monaten sieben Döner-Imbissstände angezündet worden. Die Täter konnten schließlich gefasst werden. Der Anführer der Gruppe war ein Abiturient der Jahrgangsstufe 13, die Mitläufer waren zwischen 14 bis 17 Jahre alt. Dieser Abiturient war einer von denen, die wissen, was sie tun. In seinem Zimmer im Hause der Eltern gab es die

einschlägigen ›Devotionalien‹ aus der Nazizeit, indizierte Musik usw. Die Eltern wussten angeblich von nichts, die Leute im Dorf desgleichen. In der Schule wie auch in der Freiwilligen Feuerwehr will es keiner gemerkt haben. Damit sind wir bei dem Kernproblem: der Weigerung vieler, sich die Realitäten einzugestehen. Als wir sagten: »Dagegen müsst ihr gemeinsam etwas tun«, gab es gewisse Irritationen, aber eine zunehmende Bereitschaft, das aufzuarbeiten. Wir begleiten diesen Prozess mit großer Intensität, z.B. auch mit der Aktion *Tolerantes Brandenburg*. Einen Schwerpunkt haben wir darauf gelegt, rechtsradikale Musik indizieren zu lassen, weil wir festgestellt haben, dass man auf den Schulhöfen versucht, mit dieser rechtsextremistischen Musik junge Menschen anzuwerben, und das wollen wir verhindern. Kein anderes Bundesland hat so viele Anträge auf Indizierung und Verbot dieser Musik gestellt und erfolgreich durchgebracht.

Eine Bemerkung noch zu den Wahlergebnissen der Rechtsradikalen: In Brandenburg und vor allem in Sachsen brachten die zeitgleich abgehaltenen Landtagswahlen im Jahr 2004 schwierige Erfahrungen mit sich. Noch zehn Wochen vor der Wahl prognostizierten die Demoskopien für Brandenburg Stimmenanteile der rechtsradikalen Parteien von weit unter 5%. Ähnlich war die Lage in Sachsen. Dann kam der »Hartz-IV«-Wahlkampf: In der *BILD*-Zeitung waren plakative Berichte über Kinder von Hartz-IV-Empfängern zu lesen, denen ihr Sparbuch genommen werde, sowie über Familien, die durch Hartz IV zum Verlassen ihrer geringfügig die zulässige Größe überschreitenden Plattenbauwohnung gedrängt würden. Hinzu kamen Berichte über 700 neue Stellen für Hartz-IV-Berater, die für ein hohes Monatsentgelt aus dem Westen angeworben würden. Diese reißerisch aufgemachten, verkürzenden Zeitungsberichte waren begleitet von einer gemeinsamen Panikmache von DVU, NPD und PDS. Es ging über uns her wie eine Sturzwane. Eine ältere Frau, die ich nach ihren Motiven für ihre Teilnahme an einer Demonstration der DVU fragte, antwortete mir: »Es könnte ja meinen Enkel treffen«. Dies zeigt: Die Situation wird dann volatil, wenn wir unseren Bürgern nicht erklären, was wir eigentlich erreichen wollen. Ich bin sicher, die Wahlergebnisse würden dann ganz anders aussehen.

Ich glaube, unsere Demokratie kann in einer vernünftigen Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und Polizei mit den Mitteln der Repression, der Strafverfolgung und der Justiz viel erreichen. Hinzu kommt der Bereich der Prävention z.B. durch die kommunalen Bündnisse, von denen es 97 in Brandenburg gibt. Diese haben die Unterstützung durch den Landespräventionsrat des Innenministers und ein breites gesellschaftliches Engagement. Wir dürfen das fraglos existierende Problem aber nicht größer machen, als es ist. Dies würde nur eine bestehende Auseinandersetzung zwischen Rechts- und Linksextremen weiter verstärken, in der eine zu-

nehmende Gewaltbereitschaft und Polarisierung schon jetzt feststellbar ist. Wir sollten gemeinsam daran arbeiten, eine Eskalation zu verhindern.

Jürgen Falter: Bevor wir über Therapien diskutieren, müssen wir die Diagnose miteinander besprechen. Ich möchte deshalb klären, worüber wir überhaupt reden, wenn wir von ›Rechtsextremismus‹ sprechen. Drei verschiedene Ebenen sind dabei zu unterscheiden, nämlich die Ebene der *Einstellungen*, die Ebene des *Verhaltens* und die Ebene der *Organisation*. Je nachdem, welche Ebene wir betrachten, kommen wir zu ganz unterschiedlichen Entwicklungen, zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen. Zur Ebene der Einstellungen gehören die Ideologien, auf der Ebene des Verhaltens sprechen wir über das Wahlverhalten, das Alltagsverhalten wie z.B. einen alltäglichen Antisemitismus oder alltägliche Fremdenfeindlichkeit, auch Gewalt. Zur Ebene der Organisation gehören Parteien und andere rechtsextreme Gruppierungen wie so genannte Kameradschaften, Skinhead-Gruppen, außerdem vielfältige Subkulturen, ganz informelle Gruppen, die ›an der Tankstelle‹ entstehen, dort den Tag oder den Abend verbringen und dann vielleicht zu einem spontanen »Türkenklatschen« gehen, um sich dann schnell wieder aufzulösen. Und es gehören dazu Netzwerke. Was verbindet diese Ebenen miteinander? Einstellung, Verhalten und Organisationsebene sind verbunden durch das Band einer bestimmten *Ideologie*, d.h. eines bestimmten Bündels von Einstellungen, die miteinander verflochten sind und die am Ende das ausmachen, was wir als ›rechtsextrem‹ bezeichnen. Dazu gehören Antipluralismus und Antiparlamentarismus, dazu gehört Antisemitismus hier in Deutschland. Es gehört extremer Nationalismus, Chauvinismus dazu, es gehört Ethnozentrismus dazu, d.h. die eigene Gruppe über alle anderen zu stellen, und Fremdenfeindlichkeit. Das Wichtigste vielleicht überhaupt: Alle rechtsextremen Ideologien und Ideologiefragmente zeichnen sich durch *Anti-Egalitarismus* aus, d.h. durch eine Verleugnung der Gleichheit, der Behauptung von Ungleichheit unter den Menschen, unter den Nationen.

Wenn es in der Bundesrepublik so etwas wie eine konsistente, in sich stimmige, über längere Zeit hinweg stabil bleibende rechtsextreme Ideologie gibt, dann gilt dies nur für eine sehr kleine Minderheit der Bevölkerung. Nur bei dieser Minderheit finden wir die verschiedenen Aspekte – Antipluralismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, extremen Nationalismus, Anti-Egalitarismus und vielleicht anderes, nur hier ist die Ideologie vollständig. Bei größeren Minderheiten lassen sich Anteile dieser Ideologien finden. Wir können beispielsweise – je nachdem, wen wir fragen – hohe Prozentsätze für Fremdenfeindlichkeit sowie vergleichsweise hohe Prozentsätze für antisemitische Äußerungen feststellen. Auch haben Umfragen hohe Prozentsätze für antiparlamentarische Aussagen ergeben. Der

Anteil derer aber, die über eine fest in der Persönlichkeit verankerte, unveränderliche Ideologie verfügen, liegt nach unseren Messungen nur bei einem bis maximal 4% der Bevölkerung. Das sind die echten Ideologen. Weitere etwa 15% sind sozusagen »Anrainer«, die z.B. fremdenfeindliche Äußerungen in Umfragen von sich geben, die ethnozentrisch argumentieren. Die Stabilität, die Konsistenz ihres Denkens ist aber über die Zeit gesehen sehr gering. Wir haben es hier mit Vorurteilen zu tun, die stark situativ beeinflusst sind. Diese Menschen bilden den beeinflussbaren Rand, während der harte Kern der Ideologen fast nicht beeinflussbar ist.

Bei den Wahlen sind die Ergebnisse schwankend. Das beste Beispiel ist die DVU in Sachsen-Anhalt, die aus dem Nichts auf knapp 13% Stimmenanteil kam und dann wieder ins Nichts zusammenfiel. Solche Phänomene haben wir wiederholt erlebt.

Wer sind die Träger rechtsextremer Einstellungen, einschließlich der Randgruppen? Kommen sie wirklich aus der Mitte der Gesellschaft? Haben sie das Bürgertum bereits erobert? Was die Einstellungsebene angeht, lautet die Antwort ganz klar: Nein. Träger rechtsextremer Einstellungen sind ganz überwiegend Leute mit einem im Durchschnitt sehr geringen formalen Bildungsabschluss – typischerweise Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss –, mit einer geringen Berufsqualifikation, sehr jungen Alters, sehr oft männlich – vor allen Dingen, wenn wir auf die Wähler oder auf die Aktivisten schauen. Bei der Einstellung gibt es kaum Unterschiede zwischen den Geschlechtern, sehr wohl aber auf der Verhaltensebene.

Es ist das so genannte *Prekariat* – die »sozial Abgehängten« oder solche, die dies befürchten –, das eher dazu tendiert, solche rechtsextremen Einstellungen zu entwickeln und dazu, rechtsextreme Parteien zu wählen. Mit 20% der Arbeitslosen hat ein weit überdurchschnittlicher Anteil beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern die NPD gewählt, und es gibt bestimmte Altersgruppen, in denen NPD oder DVU weit überdurchschnittlich gewählt werden. Dies war in Sachsen der Fall, wo die NDP von 30% der Altersgruppe der 18-25-Jährigen gewählt worden ist. Hier von der »Mitte der Gesellschaft« zu sprechen, wäre dennoch irreführend, denn das ist ein normativer Begriff, kein empirischer.

Zur Organisationsebene des Rechtsextremismus Folgendes: Die NPD hat bundesweit etwa 6.000 Mitglieder, in Brandenburg sind es etwa 300. Es ist eine sehr kleine Partei mit einer über Jahre hinweg verfolgten Politik der Kaderbildung. Daher ist sie viel schlagkräftiger als andere, konkurrierende rechtsextreme Parteien wie etwa die »Republikaner« oder die DVU. Die relativ wenigen Parteimitglieder sind beim Aufbau ihrer Parteiorganisationen und deren Aktivitäten relativ erfolgreich. Die DVU hatte über 8.000 Mitglieder, aber die sind ganz überwiegend nicht aktiv, denn es handelt sich hauptsächlich um die Abonnenten der *Nationalzeitung* des

Verlegers *Gerhard Frey*, des Vorsitzenden der DVU. Als Partei im eigentlichen Sinn existiert die DVU überhaupt nicht, im Gegensatz zur NPD, die eine bemerkenswerte ›national-sozialistische‹ Wende durchgemacht hat. Sie mischt Elemente des extremen Nationalismus, des Antisemitismus und des Ethnozentrismus mit Elementen von sozialistischer Propaganda.

Was tun gegen den Rechtsextremismus? Einstellungen sind extrem schwer beeinflussbar, das weiß jeder Pädagoge und Sozialpädagoge. Änderungen der Einstellungen zu erreichen, ist nur in sehr langen Prozessen möglich, und man erreicht bei weitem nicht alle. Was wir – mehr als bisher geschehen – tun können, ist die Errichtung von *Verhaltens-Tabus*. So wie es ein Gewalt-Tabu gibt, sollte es auch ein Diskriminierungs-Tabu geben und ein Tabu, verbal Gewalt anzuwenden. Dabei müssten wir alle mehr Bürgermut zeigen, wenn wir uns in entsprechenden Situationen befinden. Mir ist klar, dass dies leichter gesagt als getan ist. Ich stimme immer mit Beifall zu, wenn es jemand fordert – in der konkreten Situation ist es manchmal sehr schwierig.

Roland Czada: Ich sehe einen Widerspruch auf unserem Podium: Sie, Herr Falter, sagen, das Prekariat sei empfänglich für die rechtsextremistische Ideologie. Herr Heye sagt, dieses Gedankengut dringt ins Bürgertum ein. Wenn es stimmt, was Herr Falter auch unter Bezug auf Umfrageergebnisse berichtet – was sollte dann das Bürgertum, das nicht in dieser prekären sozialen Lage ist, für dieses Bündel von rechtsextremistischem Gedankengut empfänglich machen?

Uwe-Karsten Heye: Es ist ja richtig, dass die Intensivtäter von rechts nicht diejenigen sind, die ohne Arbeit, ohne Job sind. Es ist im Zweifel die Erwachsenenwelt, die sie zu dem macht, was sie sind. Es ist noch kein Neonazi vom Himmel gefallen, und ich habe auch aus keinem Kinderwagen einen Zweijährigen rufen hören: Ausländer raus! Es gibt eine Erwachsenenwelt, die dahinter steht und die ihre Führungsarbeit in dieser Hinsicht macht. Es ist zu kurz gegriffen, das Problem als ein Jugendproblem zu definieren. Das mag es auch sein, aber in allererster Linie ist die Ursache darin zu suchen, dass in den neuen Bundesländern zu DDR-Zeiten eine gründliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nicht wirklich stattgefunden hat. Unter dem Titel »Antifaschismus« erinnerte man sich vor allem daran, dass die ersten, die als *Gruppe Ulbricht* aus Moskau kamen, in der Tat im antifaschistischen Widerstand gegen den NS-Staat eine Rolle gespielt haben. Ebenso wie die Adenauer-Republik sagte aber die DDR später: Wer sich in unser sozialistisches System einordnet, der gilt als rehabilitiert, und seine weniger ruhmreiche Vergangenheit wollen wir vergessen.

Weiter spielt es eine wesentliche Rolle, dass die DDR ein sehr autoritäres Regime war. Ich habe nicht den Eindruck, dass in den neuen Ländern ein großes Potential für einen zivilgesellschaftlichen Widerstand gibt. Das muss man erst mühsam in Bewegung setzen. Dort ist eine andere Mentalität vorherrschend, und wir haben eine andere Lage im Osten. Ich möchte in der ›Schuldfrage‹ nicht mit dem Finger auf die neuen Länder zeigen, denn die NPD ist eine Sumpflüte aus dem braunen Sumpf Westdeutschlands, und die Führungsfiguren kommen alle von dort; dieses Zusammenspiel muss man deutlich sehen.

Roland Czada: Rechtsextremistisches Gedankengut ist ja auch im Westen statistisch nachweisbar, und auch entsprechende Gewalttaten gibt es im Westen. Was ist denn das Spezifische im Osten, in den neuen Ländern?

Jörg Schönbohm: Zunächst einmal: Den Osten gibt es nicht. Die Menschen in Thüringen fühlen sich dem Westen viel näher als die Leute in Mecklenburg-Vorpommern. Und die Brandenburger fühlen sich den Sachsen nicht so nah wie den Sachsen-Anhaltern. So gibt es auch die DDR-Identität nicht. Aber es gibt Erfahrungen aus der DDR, die sich jeweils in unterschiedlichen Bereichen ergeben haben. Seit 1990 beschäftigt mich dieses Thema, wobei *Richard Schröder* immer ein Mann ernstzunehmender Worte und überzeugender Urteile ist. Er ist nicht nur Theologieprofessor, er war auch der erste Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Volkskammer. In seinem Buch *Irrtümer der Deutschen Wiedervereinigung* arbeitet er die jüngste Vergangenheit auf. Sehr viele Menschen verließen die DDR als Flüchtlinge, bevor die Mauer gebaut wurde. Das war ein erheblicher *brain drain*, der soziale Qualitäten und gesellschaftliche Verhaltensweisen stark beeinflusste. Selbständige Handwerksbetriebe konnten z.B. von den Erben nicht fortgeführt werden, sondern wurden in Produktionsgenossenschaften zusammengeführt. So wurden die Träger des bürgerlichen Mittelstandes, Handwerker und Selbständige, bedrängt und in ihrer sozialen Existenz vernichtet. Diese soziale Infrastruktur regeneriert sich nun langsam. Wir haben in Brandenburg eine Selbständigenquote von 11,6%, was gegenüber dem Bundesdurchschnitt schon sehr respektabel ist.

Entscheidend ist allerdings auch die unterschiedliche Lage der Generationen. Wie werden denn die Jugendlichen angeleitet, wenn sie Eltern haben, die arbeitslos geworden sind und sich bereits zum zweiten oder dritten Mal auf einen Beruf vorbereitet haben? Das Wort »Qualifizieren« hat in den neuen Ländern keinen guten Klang mehr. Viele Menschen haben sich immer wieder neu qualifiziert für eine Aufgabe, waren dann kurzzeitbeschäftigt und wurden irgendwann wieder arbeitslos. Jetzt, da wir eine industrielle Basis geschaffen haben, ist absehbar, dass uns dem-

nächst qualifizierte Facharbeiter fehlen werden, weil ein Teil in den Westen abgewandert ist, während ein anderer Teil der älteren Generation sich nicht mehr um die eigene Qualifikation bemüht. Was da wachsen soll, braucht also seine Zeit.

Herr Falter fordert, bestimmte Tabus zu errichten. Für mich ist die Frage der Gewaltbereitschaft und wie wir mit ihr umgehen, besonders wichtig, und ein Tabu der Gewaltausübung das Entscheidende. 33% aller Gewaltstraftaten in meinem Land wurden von Jugendlichen und Heranwachsenden begangen, obwohl ihr Anteil an der Bevölkerung viel geringer ist. Das ist ein auch zivilisatorisches Problem, und so möchte ich davor warnen, ausschließlich die rechtsextremistischen Gewalttaten zu betrachten. Wir müssen gegen jede Gewalt einschreiten, weil sie immer umschlagen kann.

Aber ich muss auch um Verständnis bitten, denn diese Gesellschaft wurde durch zahlreiche, unvergleichliche Umbrüche erschüttert. Kombinate mit 7.500 Mitarbeitern verschwanden in kürzester Zeit. Jetzt ist es z.B. gelungen, durch Ansiedlung von Solarfabriken wieder Arbeitsplätze zu schaffen, und manche gehen nach zehnjähriger Arbeitslosigkeit wieder einer geregelten Arbeit nach. Die Zusammenhänge dieser Entwicklungen muss man erkennen.

Als Innenminister bin ich sehr viel in Schulen, kümmere mich um die Freiwilligen Feuerwehren und die Sportvereine, aber auch um die Jugendarbeit, denn in diesen Bereichen müssen wir präventiv tätig werden. Dort finden wir eine wachsende Bereitschaft der Menschen, sich einzubringen, sei es in lokalen Bündnissen oder im Ehrenamt. 150.000 Brandenburger von insgesamt 2,9 Mio. Einwohnern sind ehrenamtlich tätig, bringen sich in alle möglichen Aufgaben ein. Dort wächst etwas, und darum habe ich Sorge, dass die Überbetonung der Probleme bei manchen zu Resignation führen könnte. Als Optimist sage ich: Wir haben etwas bewegt, wir müssen weitermachen.

Roland Czada: Herr Falter, wenn es stimmt, dass auf dem Land der Rechtsextremismus deutlich stärker ausgeprägt ist als in der Stadt, und Sie sagen: Die *Vereine* sind ein *Schutz* gegen den Rechtsextremismus, so klingt das widersprüchlich, denn auf dem Land gibt es doch eine Vielzahl von Vereinen und bürgerschaftlichen Aktivitäten.

Jürgen Falter: Ein Blick in die deutsche Geschichte bzw. konkret in die Zeit des Aufstiegs des Nationalsozialismus zeigt, dass die NSDAP in den evangelisch geprägten ländlichen Gebieten am stärksten war. Die Partei war am erfolgreichsten, wo es ihr leichtfiel, in bestimmte Organisationen einzubrechen. Auf dem Land, wo mit wenigen Leuten ein Verein übernommen werden konnte, war dies am einfachsten. Im Landkreis Rothen-

burg ob der Tauber-Land beispielsweise konnte am 3. Juli 1932 die NSDAP 83% der Wähler gewinnen. Dagegen erhielt sie in den katholischen Wahlkreisen des Oldenburgischen Münsterlands, in Vechta und Cloppenburg, bei dieser Wahl die niedrigsten Stimmenanteile. Was bedeutet das? Es gibt bestimmte Barrieren, wie hier z.B. ein großer Prozentsatz praktizierender Katholiken, die es für rechtsextreme Organisationen schwer machen einzudringen. Sind diese Barrieren nicht da, ist das Vordringen der Rechtsextremen relativ leicht. Andere Barrieren konnten auch bestimmte evangelische Gruppen verkörpern, die aber insgesamt seltener sind, oder auch ein hoher Organisationsgrad in den Gewerkschaften.

Bestimmte Organisationen ›immunisierten‹ offenbar ihre Mitglieder, schafften Resistenz. Das galt schon am Ende der Weimarer Republik, das galt während der Geschichte der alten Bundesrepublik, und es gilt bis heute. In den neuen Bundesländern dagegen liegt der Anteil der Mitglieder in einer der



Jürgen Falter

Kirchen nur zwischen 20 und 30%, dort fehlen solche Barrieren. Auf dem Land ist es für den Rechtsextremismus aber häufig auch deshalb einfacher, weil bestimmte Freizeitangebote fehlen.

Uwe-Karsten Heye: Bei diesem Problem ist vor allem eine *nationale* Anstrengung zu fordern. Dies ergibt sich zum einen aus der Tatsache, dass es aus den neuen Ländern eine weiterhin dramatische, ökonomisch bedingte Abwanderung von Ost nach West gibt. Zum andern bietet der dramatische Rückgang der Geburtenrate in den neuen Ländern dazu Anlass, der u.a. bewirkt, dass die Schülerjahrgänge immer kleiner werden und immer mehr Schulen geschlossen werden müssen – insbesondere im ländlichen Bereich. So wird die kulturelle Versorgung, die ohnehin in den ländlichen Gebieten

schwächer ausgeprägt ist, zusätzlich ausgedünnt, und man muss sich vorstellen, dass in wenigen Jahren ganze Dörfer aufgegeben werden müssen, weil es nur noch einzelne Alte geben wird. Viele, die bleiben und nicht gehen können, haben das Gefühl, als ›Verlierer‹ zurückzubleiben, ausgegrenzt zu sein von jeder Möglichkeit, eine ökonomische Besserung für das eigene Leben bewerkstelligen zu können. Dieses zusätzliche Problem der neuen Ländern muss man im Blick behalten. Diese Länder brauchen Hilfe in der Bewältigung ihrer sozialen und strukturellen Probleme.

Jörg Schönbohm: Diese Hilfe erhalten wir bereits, etwa mit den Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ). Ich bin dankbar, dass diese Zuweisungen seit 2002 erfolgen; sie wird es voraussichtlich bis zum Jahr 2019 geben. 2007 erhält das Land Brandenburg 1,2 Mrd. Euro aus diesen Bundesmitteln, um die Infrastruktur und die kommunalen Finanzen zu verbessern. Damit werden wir haushälterisch und sorgsam umgehen, um die Defizite bei der Infrastruktur und in den Kommunalstrukturen auszugleichen.

Dem hohen Bedarf an Facharbeitskräften begegnet unsere Landesregierung mit einem Qualifizierungsprogramm, damit ein größerer Teil der Schulabgänger auch ausbildungsfähig wird, denn wir haben in vielen Bundesländern mit 10% bis 20% einen zu hohen Anteil von jugendlichen Schulabgängern, die nicht ausbildungsfähig sind.

Roland Czada: Herr Schönbohm, Sie sind zu den Therapien übergegangen: Qualifizierung, Entwicklung des ländlichen Raumes. – Herr Heye, Ihnen zufolge müsste die Zivilgesellschaft Ansätze bieten, die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus zu führen, unabhängig von den Polizeimitteln des Staates. Inwieweit spielt es eine Rolle, dass in der DDR keine Tradition der Zivilgesellschaft gepflegt wurde? Wächst jetzt Ihrer Ansicht nach eine neue Zivilgesellschaft? Was kann man tun, um gerade im Osten zivilgesellschaftliche Aktivität voranzubringen?

Uwe-Karsten Heye: Jedenfalls darf man nicht die Situation eintreten lassen, dass in bestimmten ländlichen Bereichen die NPD die letzte verbliebene Sozialstation ist, weil sich sonst keiner kümmert. Ein Blick nach Vorpommern zeigt, dass dort die demokratischen Parteien keine Rolle mehr spielen. Dies konnte dort die NPD in Wählerstimmen für sich umsetzen, was dann nicht mehr verwundert. Wir müssen die Frage beantworten, wie das zu ändern ist, wie man Begeisterung für den demokratischen Staat wecken kann, die in Partizipation und Teilnahme einmünden könnte. In Mecklenburg-Vorpommern z.B. hat die SPD mit rund 2.000 Mitgliedern weniger Angehörige als ein Ortsverein in einer beliebigen Stadt Nordrhein-

Westfalens. Ich kann nachvollziehen, dass nach dem zweiten Desaster einer alliierten und sozialistischen Diktatur, die auf die Nazi-Diktatur folgte, viele Menschen es ablehnen, sich überhaupt politisch zu engagieren. Aber die demokratischen Parteien *müssen* wieder so etwas wie eine Begeisterung für den demokratischen Staat und die demokratische Gesellschaft in Bewegung setzen, und das gerade bei jungen Leuten.

Jörg Schönbohm: Würden wir diese Diskussion in Perleberg, in Pritzwalk, in Senftenberg, in Spremberg, in Cottbus oder im Potsdamer Land führen, so würden wir feststellen: Es gibt sehr viele Menschen, die sagen: Ja, es ist unser Land, unsere Gesellschaft, und wir haben Verantwortung. Zwar ist das urbane Leben noch nicht wieder so lebendig wie im Westen. Aber ich verweise auf das Beispiel des Fußballclubs 1. FC Energie Cottbus und seine Bedeutung für die Region. Der Bundesliga-Verein mit dem geringsten Etat behauptet sich in der oberen Tabellenhälfte. Darauf sind wir Osis unglaublich stolz, und wenn das Stadion voll besetzt ist, ist die Stimmung grandios. Eine Zeit lang kam es zwar auch zu gewalttätigen Ausschreitungen, aber unsere Beamten konnten diese mit Erfolg zurückdrängen.

Wir brauchen Erfolgserlebnisse, und wir müssen der Region zeigen, dass wir sie unterstützen. Die Zivilgesellschaft in den kleineren ländlichen Räumen hat sich sehr gut entwickelt, aber das Problem ist das weite Land. In der Uckermark – 3.000 km², 135.000 Einwohner – leben statistisch 45 Einwohner pro Quadratkilometer. Hier gibt es Gegenden, die weniger als 10 Einwohner je Quadratkilometer haben. Diese Bereiche gelten im Verständnis der Europäischen Union fast als Wüste. Es gibt aber Leute, die sagen: Da gehen wir gerade hin, weil es dort ganz anders ist. Im Oderbruch gibt es Dörfer, in denen früher 400 Einwohner lebten. Jetzt leben da noch 200 Menschen, aber diese Dörfer werden nicht aufgegeben. Die Menschen werden dort bleiben, ein Teil wird wiederkommen. Wir müssen einfach alles daran setzen, zu verhindern, dass sich in den ausgedünnten Gebieten rechtsradikale Subkulturen entwickeln.

Roland Czada: Im *Zweiten Periodischen Sicherheitsbericht der Bundesregierung* vom November 2006 wird die »Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Kräfte in der Abwehr der ›Normalisierung‹ von Rechtsextremismus« gefordert. Dazu werden Beispiele wie die Bundesprogramme CIVITAS, ENTIMON und XENOS sowie das *Bündnis für Demokratie* angeführt. Für wie Erfolg versprechend halten Sie diese Projekte? Sind die Leute in einem Dorf, in dem es immer weniger Einwohner gibt, mit solchen Programmen erreichbar?

Jörg Schönbohm: Bisher ist noch nicht evaluiert worden, was das Ergebnis dieser Aktivitäten ist. Wie gesagt: Änderungen von Einstellungen sind schwer zu bewirken. Daneben ist wichtig, Verhaltensänderungen zu erzielen und dem Mitläufertum zu begegnen. Die kommunalen Präventionsbündnisse – wir haben in Brandenburg 97 – haben hier eine wichtige Aufgabe. Die Programme sind erfolgreich, wo sie gezielt eingesetzt werden, und die positiven Ergebnisse verbreiten sich punktuell – wie Ölflecken, wobei sich die Frage stellt, wie viele solcher ›Ölflecken‹ brauchen wir, um das ganze Land zu erreichen?

Publikum: Jugendliche, die das heutige dreigliedrige Schulsystem mit seinen Selektionsmechanismen durchlaufen, stehen ständig vor der Frage, ob sie darin bestehen können oder nicht. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für das Thema Rechtsextremismus?

Jürgen Falter: Auf europäischer Ebene sind rechtsextreme Einstellungen vergleichend untersucht worden. Die Bundesrepublik nimmt dabei mittlere Plätze ein, d.h. wir sind nicht besonders herausragend. Diese Verteilung lässt keine Abhängigkeit von unterschiedlichen Schulsystemen – ob Einheitsschule, gegliedertes Schulsystem oder die extrem harte Selektion wie in Frankreich – erkennen.

Uwe-Karsten Heye: Ich sage nicht, dass unser Schulsystem den ›neuen Nazi‹ schafft, aber die Statistiken zeigen, dass dieses Schulsystem zusätzliche ›Verlierer‹ schafft. Eine ›Kultur der zweiten und dritten Chance‹ gibt es weder im Schulbereich noch bei den Unternehmern: Wer einmal Pleite gemacht hat, ist weg vom Fenster. Wir müssen lernen, dass immer wieder neue Anläufe möglich sind, und dazu ermutigen, neue Anläufe zu machen, und das gilt für Schüler genauso wie für gescheiterte Selbständige.

Publikum: Herrn Falter zufolge geht es bei unserem Thema vor allem um ›Prekarität‹, also um Arbeitslosigkeit, Mangel an Bildung usw., was mir nicht ausreichend erscheint. Es geht m.E. auch um *Männlichkeit*, denn offensichtlich gibt es kaum weiblichen Rechtsradikalismus. Verbirgt sich dahinter möglicherweise eine Suche nach mehr Autorität, nach mehr Linienführung, nach mehr Wir-Gefühl?

Jürgen Falter: Ich sagte bereits: Unter den *Wählern* rechtsextremer Parteien gibt es überdurchschnittlich viele Männer und unterdurchschnittlich viele Frauen. Bei der Verteilung rechtsextremer *Einstellungen* gibt es so gut wie keine Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Unter den Mitgliedern rechtsextremer *Organisationen* ist dagegen der Anteil der Männer weitaus

höher als der der Frauen. Zur Erklärung dieser Unterschiede kommt eine Reihe von möglichen Einflussfaktoren in Betracht, etwa die Sozialisation, die Anerziehung einer weiblichen Rolle: Die Frau betätigt sich in der Politik weniger stark als der Mann. Das gilt bei Mitgliedern aller Parteien bis heute. Nur 25% der Parteimitglieder der CSU etwa sind weiblich. Möglicherweise hat dies mit dem Frauenbild der Parteien zu tun, über die wir sprechen. Parteien, die die ›harte Männlichkeit‹ des SS-ähnlichen Machos in den Vordergrund stellen, sind nicht besonders anziehend für emanzipierte, selbstbewusste Frauen, sondern eher für einen kleinen Teil von Frauen, die sich ›aufgehoben‹ fühlen in diesem Milieu. Erklärungsansätze müssen auf soziale Rollenverständnisse rekurrieren, nicht auf genetische Prädispositionen, und auch die Angebotsseite in den Blick nehmen. Bestimmte Parteien sind insgesamt weniger attraktiv für Frauen als andere. Andere Parteien sind für Frauen attraktiver: Die Grünen werden heute beispielsweise stärker von Frauen als von Männern gewählt.

Uwe-Karsten Heye: Die Mädchen machen zunehmend bessere Schulabschlüsse als die Jungen, und unter denen, die ohne einen Abschluss aus der Schule gehen, sind mehr junge Männer als Mädchen. Wir erleben, dass in den neuen Ländern aus den Bereichen, wo sich eine rechtsradikale Jugendkultur durchgesetzt hat, die Mädchen aus den Regionen verschwinden; sie ziehen weg. Dasselbe Phänomen haben wir bei den Migrantinnen. Weibliche Jugendliche mit Migrationshintergrund machen insgesamt bessere Abschlüsse als die männlichen, so dass hier schon die Forderung erhoben wird, eine ›Jungenförderung‹ zu betreiben, um dieses Problem zu lösen. Das ist eine spannende Entwicklung ...

Publikum: Ein Aspekt, der zeigt, dass es gerade in den Großstädten eine neue Qualität im Auftreten des Rechtsextremismus gibt, ist die kostenlose Verbreitung von rechtsextremer Musik vor den Kneipen der Stadt an Jugendliche. Dabei scheint es gar nicht vorrangig um die entsprechenden Inhalte zu gehen. Über die Musik wird der Zugang zu den Jugendlichen gesucht und ihre Bereitschaft herausgefordert, sich mit den Inhalten und ästhetischen Formen, die es da gibt, zu beschäftigen. Solche CDs werden bei weitem nicht von Angehörigen des ›Prekariats‹ bzw. von ›Bildungsverlierern‹ gehört. Wir dürfen den städtischen Raum nicht vernachlässigen.

Publikum: Leider gab es nicht nur im Osten, sondern auch in Niedersachsen und im angrenzenden Westfalen zahlreiche NPD-Aufmärsche, so in Hildesheim, Göttingen, Vechta und in Osnabrück bei der Wehrmachtausstellung. Ein neuer Versuch, die NPD verbieten zu lassen, wäre m.E. richtig, denn an der Verfassungsfeindlichkeit dieser Partei besteht überhaupt

kein Zweifel. Derzeit profitiert die NPD weiterhin von ihrem Parteienstatus, indem ihr Finanzmittel zufließen, die zur Verbesserung der Parteiorganisation und ihrer Jugendarbeit verwendet werden.

Innenminister Schönbohm sagte, Brandenburg habe viele Indizierungsanträge für rechtsextremistische Musik gestellt. Aber Indizierung heißt ja nicht verbieten, das ganze Zeug gehört aber verboten, nicht nur indiziert.

Uwe-Karsten Heye: Das Problem vieler Großstädte heute ist das leider ungelöste Problem des Umgangs mit den neuen Migranten in Deutschland. In Berlin z.B. haben wir ausgeprägte ›Gegenwelten‹, die zueinander keine Beziehung haben. Wir haben ein Maß an Perspektivlosigkeit für die jungen Leute – wo immer sie auch herkommen – im Westen der Stadt. Und wir haben ein bestimmtes, rechtsradikal geprägtes Selbstbewusstsein im Osten der Stadt. Insofern ist Berlin immer noch eine geteilte Stadt. Dies ist ein Problem vieler deutscher Großstädte. Wir müssen endlich klarmachen, dass wir ein Einwanderungsland sind, und erst, wenn dies gelungen ist, können wir auch Forderungen an diejenigen richten, die zu uns kommen.

Zur Forderung nach einem neuen NPD-Verbotsantrag: Meine Befürchtung ist, dass, wenn es zu einem Verbot käme, wir uns mit dem Thema nicht mehr beschäftigen und der Rechtsextremismus sich politisch unter der Wahrnehmungsgrenze weiterentwickeln würde. Es ist richtig, sich offen und öffentlich mit dem rechtsradikalen Problem in diesem Lande auseinandersetzen und eine Haltung dazu einzunehmen.

Jürgen Falter: Wir haben einiges zur Diagnose, zur Beschreibung des Problems gesagt, und wir haben etwas über mögliche Therapien gesagt. Den Bereich der Erklärungen haben wir noch kaum berührt. Zwei Bemerkungen möchte ich dazu machen. Zum einen: Es sind nicht in der überwiegenden Zahl Protestwähler, die für die NPD und für die DVU oder die Republikaner stimmen, sondern *Überzeugungswähler*, d.h. ihr Denken stimmt wenigstens in Teilen mit dem überein, was diese Parteien ihnen offerieren. Das gilt für zwei Drittel der Wähler, ein Drittel sind tatsächlich die Protestwähler, die relativ leicht wieder zurückzugewinnen sind, indem man die Ursachen des Protests beseitigt. Das Problem der Überzeugungswähler ist so nicht in den Griff zu bekommen. Dies ist nur möglich, indem wir rechtsextremistische Positionen weiterhin gesellschaftlich negativ sanktionieren oder tabuisieren, so dass solche Parteien überhaupt nicht mehr in den Bereich der Denkbaren, Wählbaren kommen. Wir müssen weiterhin diese ›Hygiene‹, diese Form von historischer, sozialer Hygiene walten lassen. Das hat lange Zeit gut funktioniert, und nur dort, wo diese negative Sanktionierung in der Öffentlichkeit fehlt, können die Rechtsextremisten gewinnen.

Es gibt auch Positives zu berichten: Eine seit mehr als 10 Jahren laufende Untersuchung des Instituts für Demoskopie Allensbach hat aufgrund von Meinungsumfragen die Einstellung der Bevölkerung gegenüber Rechtsextremen erforscht. Von allen sozialen, ethnischen oder politischen Gruppen, die dort beurteilt werden sollten, erhielten die Rechtsextremen die negativsten Ergebnisse. Über drei Viertel der Befragten geben Rechtsextreme als diejenige Kategorie an, neben der sie keinesfalls wohnen möchten. Dies zeigt, dass immer noch ein hohes Maß an Ablehnung besteht – im Osten übrigens noch stärker als im Westen. Die hohe Ablehnungsquote ist während des gesamten Untersuchungszeitraums sehr stabil geblieben, während sich gleichzeitig eine Tendenz zur Liberalisierung der Einstellung gegenüber anderen Gruppen zeigte. Das Tabu hält also teilweise, aber eben nicht mehr flächendeckend, und wir müssen uns überlegen, wie dies wiederherzustellen ist.